Polizei Bremen

Landeskriminalamt

Lagebild
Politisch motivierte Kriminalität
im Land Bremen

2023

Polizei Bremen – Landeskriminalamt
Stand der Fallzahlen: 05.02.2024
Stand des Berichts: 21.03.2024

Inhalt

1. Vorbemerkung / Hinweise zur Erfassung 1

2. Politisch motivierte Kriminalität -Gesamtaufkommen- 3

3. Politisch motivierte Kriminalität -rechts- 10

4. Politisch motivierte Kriminalität -links- 12

5. Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie- 14

6. Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie- 16

7. Politisch motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung- 18

8. Fazit 20

1. Vorbemerkung / Hinweise zur Erfassung

Kriminalpolizeilicher Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK)

Straftaten mit politischer Motivation werden im „Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität“ (KPMD-PMK) registriert. Der KPMD-PMK ist ein gemeinsames System von Bund und Ländern, welches seit dem Jahr 2001 besteht und bundesweit eine einheitliche, detaillierte und systematische Erhebung der gesamten Straftaten zur Politisch motivierten Kriminalität gewährleistet. Dadurch wird eine verlässliche Datenbasis für polizeiliche Auswertungen, statistische Aussagen, Führungsentscheidungen, kriminalpolitische Entscheidungen und die kriminalistisch-kriminologische Forschung zum Zwecke der Prävention und Repression geschaffen. Im Rahmen des KPMD-PMK werden politisch motivierte Straftaten durch die zuständigen Landeskriminalämter an das Bundeskriminalamt übermittelt und in einer zentralen Fallzahlendatei erfasst. Ausgehend von den Motiven zur Tatbegehung und den Tatumständen, werden politisch motivierte Straftaten durch die Länder den sogenannten Themenfeldern zugeordnet sowie die erkennbaren ideologischen Hintergründe und Ursachen der Tatbegehung in einem staatsschutzrelevanten „Phänomenbereich“ abgebildet. Ist ein Sachverhalt nicht den Phänomenbereichen PMK -links-, PMK -rechts-, PMK -ausländische Ideologie- oder PMK -religiöse Ideologie- zuzuordnen, so ist der Phänomenbereich PMK -sonstige Zuordnung-[1] zu wählen. Die Bewertung einer politisch motivierten Straftat ist somit immer möglich. Politisch motivierte Straftaten werden, anders als Straftaten der Allgemeinkriminalität bei der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS), grundsätzlich zu Beginn des Verfahrens zugeordnet (sogenannte Eingangsstatistik).[2]

Erfassung nach Stichtagsregelung

Das Landeskriminalamt Bremen erhebt politisch motivierte Straftaten nach dem Prinzip der „eingefrorenen Daten“ gemäß Stichtagsregelung[3]. Straftaten, die erst nach diesem Stichtag polizeilich bekannt werden und deren Tatzeit sich im vorangegangenen Berichtsjahr oder in den Berichtsjahren davor befindet, werden nicht mehr nachträglich in die Statistik aufgenommen. Somit ist eine langfristige Vergleichbarkeit gesichert, da gleiche Tatzeit- und Ermittlungszeiträume miteinander verglichen werden.

Darstellung nach Deliktsqualität und extremistischer Kriminalität

Terrorismus stellt die extremste Ausprägung der Politisch motivierten Kriminalität dar. Der Begriff des Terrorismus ist über die terroristische Vereinigung (§§ 129a, 129b StGB) gesetzlich definiert. Jedes Delikt, das in Verfolgung der Ziele einer terroristischen Vereinigung oder zu deren Aufrechterhaltung begangen wird, ist eine (eigene) terroristische Straftat. Als Terrorismus werden darüber hinaus schwerwiegende politisch motivierte Gewaltdelikte (Katalogtaten des § 129a StGB) angesehen, die im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes planmäßig begangen werden, in der Regel durch arbeitsteilig organisierte und verdeckt operierende Gruppen. Weiterhin werden die §§ 89a, 89b, 89c und 91 StGB dem Terrorismus zugeordnet.[4]

---

[1] Seit dem 01.01.2023 lautet dieser Phänomenbereich PMK -sonstige Zuordnung-, zuvor trug er die Bezeichnung PMK -nicht zuzuordnen-.
[2] Quelle: Bundesministerium des Innern und für Heimat / Bundeskriminalamt, Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022.
[3] Stichtag im KPMD-PMK ist immer der 31.01. des darauffolgenden Jahres.
[4] § 89a StGB: Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat; § 89b StGB: Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat; § 89c StGB: Terrorismusfinanzierung; § 91 StGB: Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.

Politisch motivierte **Gewaltdelikte** umfassen Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbrüche, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubungen, Raubstraftaten, Erpressungen und Widerstands- sowie Sexualdelikte einschließlich der Versuche.

Der Zuordnung zum **Extremismus** geht eine Bewertung mit entsprechender Einzelfallprüfung voraus. Der Begriff „extremistische Kriminalität" orientiert sich am Extremismusbegriff der Verfassungsschutzgesetze des Bundes und der Länder sowie dazu vorhandener Rechtsprechung. Die Bewertung als extremistisch setzt über die „allgemeine" politische Motivation zusätzlich voraus, dass sich die Straftat gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet. Die Zuordnung zum Extremismus kann bei allen politisch motivierten Straftaten erfolgen: Politisch motivierte (gewaltlose) Kriminalität, Politisch motivierte Gewaltkriminalität und Terrorismus.[5]

Thematische Zuordnung der Fälle

Um Aussagen über den inhaltlichen Charakter einer politisch motivierten Straftat treffen zu können, werden alle Fälle sogenannten **Themenfeldern** zugeordnet. Die Vergabe dieser Themenfelder folgt der Struktur von **Ober- und Unterkategorien** und orientiert sich an bundeseinheitlichen Erfassungskriterien aus dem KPMD-PMK, die kontinuierlich überprüft und aktualisiert werden. Somit kann festgestellt werden, aufgrund welcher Motivlage oder in welchem thematischen Zusammenhang eine politisch motivierte Straftat begangen wurde. Der KPMD-PMK sieht dabei ausdrücklich vor, dass alle zutreffenden Themenfelder vergeben werden (mehrdimensionale Erfassung). Eine Straftat kann daher z.B. zeitgleich mit den Unterthemenfeldern „antisemitisch" und „Rassismus" als Unterausprägungen des Oberthemenfeldes „Hasskriminalität" belegt sein.

[5] Internetquelle: https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/pmk_node.html, letzter Zugriff: 21.03.2024.

2. Politisch motivierte Kriminalität -Gesamtaufkommen-

Tabelle 1: PMK -Gesamtaufkommen- Vorjahresvergleich
Land Bremen

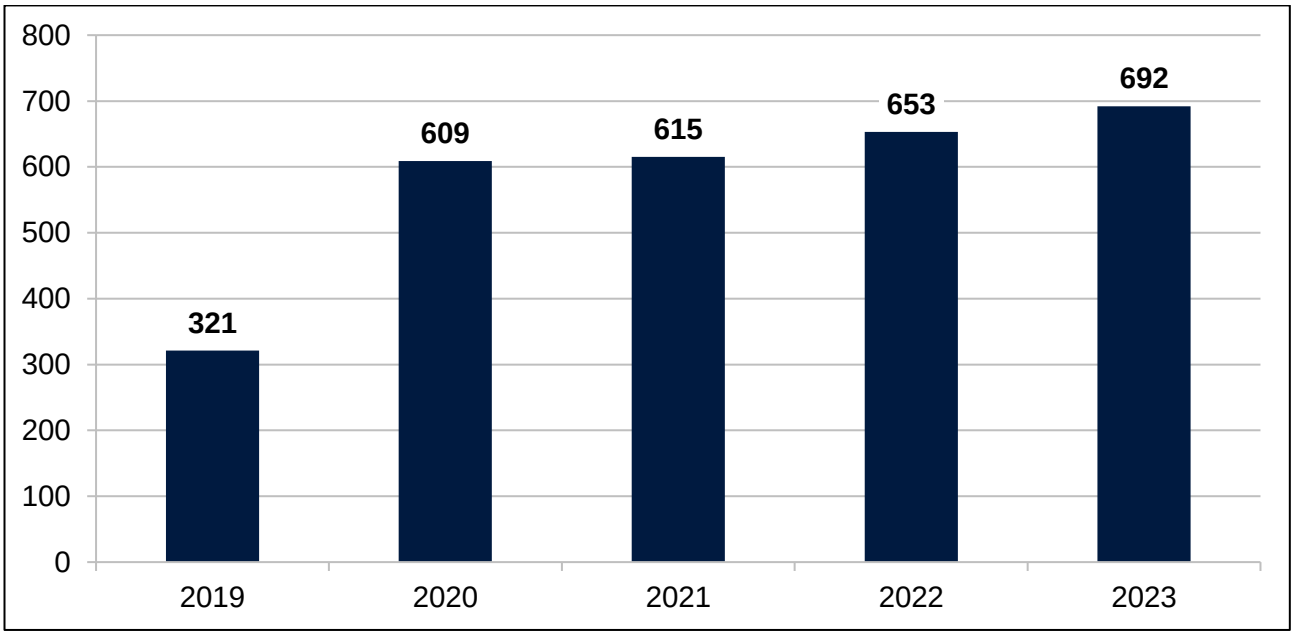
PMK -Gesamtaufkommen-	2022	2023	Veränderung[6]	
Politisch motivierte Kriminalität	653	692	+39	↗
» Gewaltdelikte	52	39	-13	↘

Im Jahr **2023** wurden im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) für das Land Bremen insgesamt **692** Fälle registriert. Im Jahr 2022 waren es 653 Fälle. Somit ist das Fallaufkommen im Vergleich zum Vorjahr **um 39 Fälle** (+6,0%) **gestiegen**.

Bei insgesamt **39** Fällen handelte es sich um **Gewaltdelikte** (davon **26 extremistisch motivierte Gewaltdelikte**). Im Vorjahr waren es 52 Gewaltdelikte (davon 29 extremistisch motivierte Gewaltdelikte). Somit ist das Fallaufkommen im Vergleich zum Vorjahr **um 13 Fälle** (-25,0%) **gesunken**.

Im Berichtsjahr **2023** wurde **ein Terrorismusdelikt** registriert. Es handelte sich dabei um eine Straftat nach § 89a StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat).[7] Im Vorjahr gab es hingegen 5 Terrorismusdelikte.

Abbildung 1: PMK -Gesamtaufkommen- Entwicklung
Land Bremen



Die Fallzahlen zur Politisch motivierten Kriminalität unterliegen einem dynamischen Phänomengeschehen, abhängig durch teils tagesaktuelle Ereignisse und besondere (auch internationale) Lagen. Während im Berichtsjahr 2023 die Covid-19-Pandemie nahezu keine Rolle mehr spielte und auch

[6] Die Richtungspfeile zeigen lediglich die Tendenz und nicht die Stärke der Veränderung auf.
[7] Vgl. hierzu auch die Pressemitteilung der Polizei Bremen Nr. 0247 („Erfolgreiche Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden nach Drohung über das Internet“) vom 19.04.2024.

die Fallzahlen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine deutlich gesunken sind, ist die Eskalation in Nahost, seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel, ein wesentlicher Faktor bezüglich Straftaten der PMK. Dieses zeigt sich auch beim Anstieg von Straftaten mit antisemitischer Motivation als Teil der Hasskriminalität. Insgesamt sind im Jahr **2023 über ein Drittel** aller PMK-Delikte im Land Bremen dem Bereich der **Hasskriminalität** zugeordnet.

Tabelle 2: PMK -Gesamtaufkommen- Entwicklung nach Städten
Bremen und Bremerhaven

	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	321	609	615	653	692
» Bremen	309	579	565	582	569
» Bremerhaven	12	30	50	71	123

Abbildung 2: PMK -Gesamtaufkommen- Verteilung nach Phänomenbereichen
Land Bremen

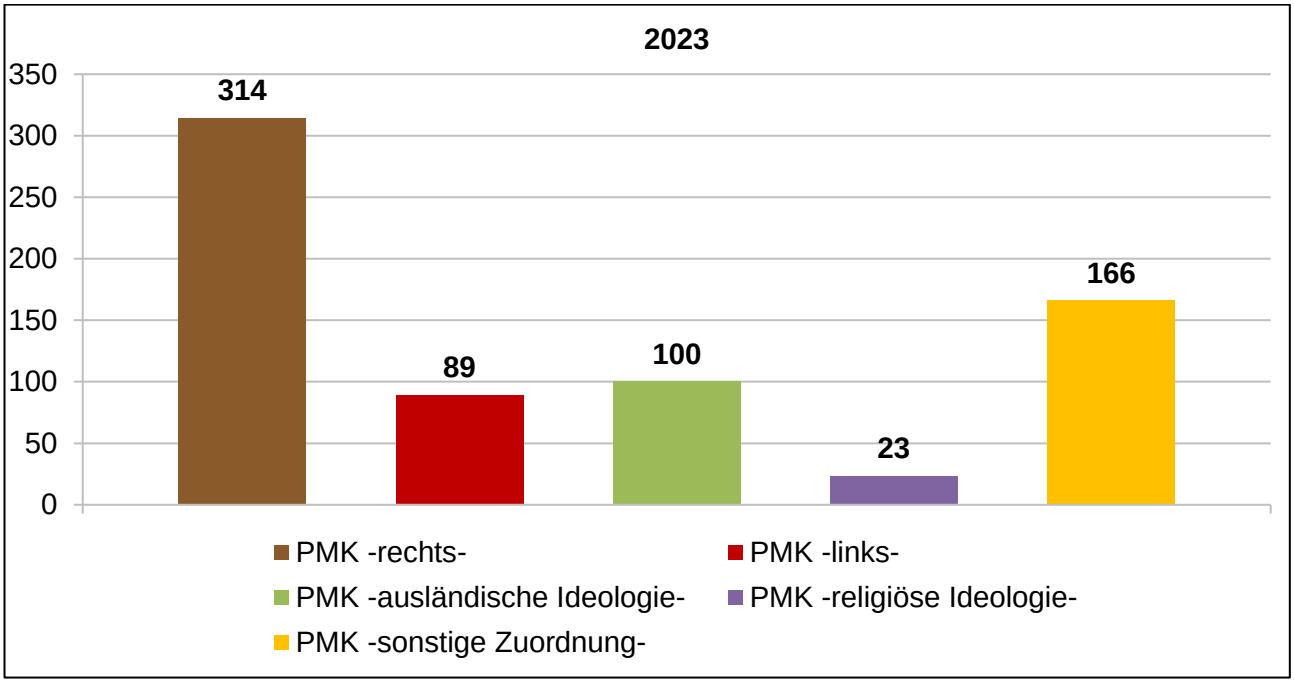
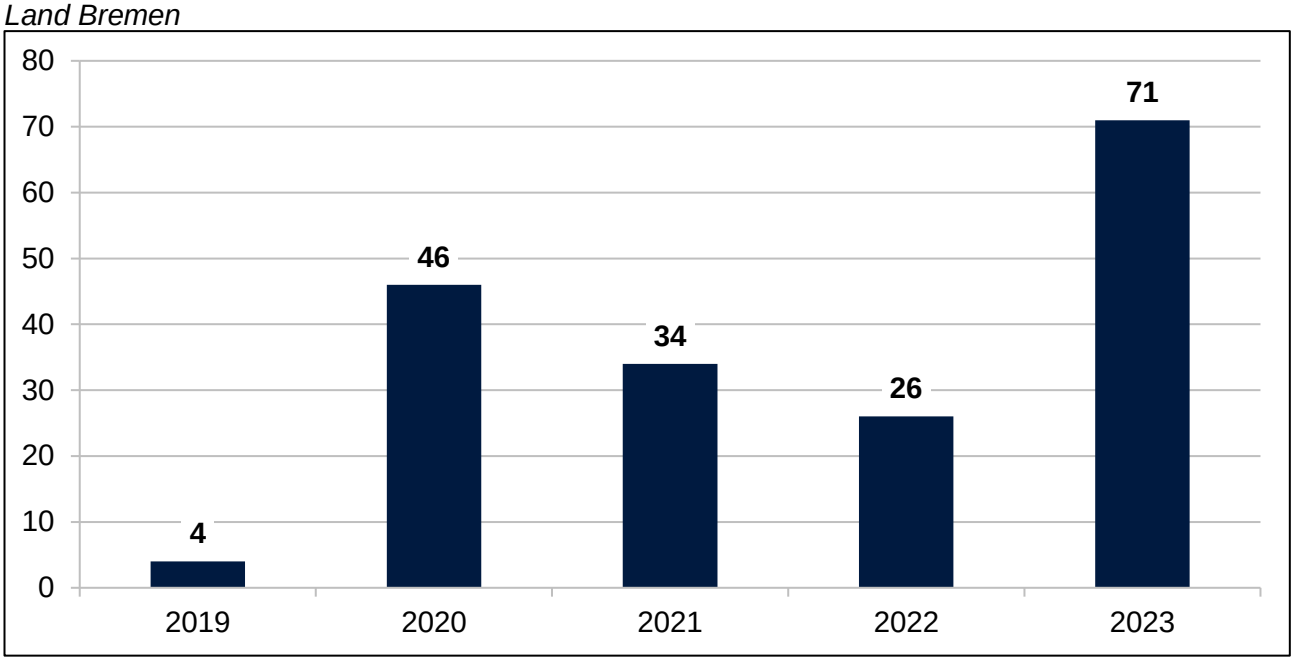


Tabelle 3: PMK -Gesamtaufkommen- Entwicklung der Phänomenbereiche
Land Bremen

	2019	2020	2021	2022	2023
PMK -rechts-	134	277	211	284	314
PMK -links-	127	237	230	168	89
PMK -ausländische Ideologie-	10	9	23	72	100
PMK -religiöse Ideologie-	2	14	5	11	23
PMK -sonstige Zuordnung-	48	72	146	118	166
PMK -gesamt-	**321**	**609**	**615**	**653**	**692**

Fallzahlen Antisemitismus

Abbildung 3: PMK -Gesamtaufkommen- Antisemitismus: Entwicklung
Land Bremen



Im Jahr **2023** wurden **71** Fälle mit antisemitischer Motivation registriert, 45 Fälle mehr als im Vorjahr (+173,1%). Diese verteilen sich wie folgt:

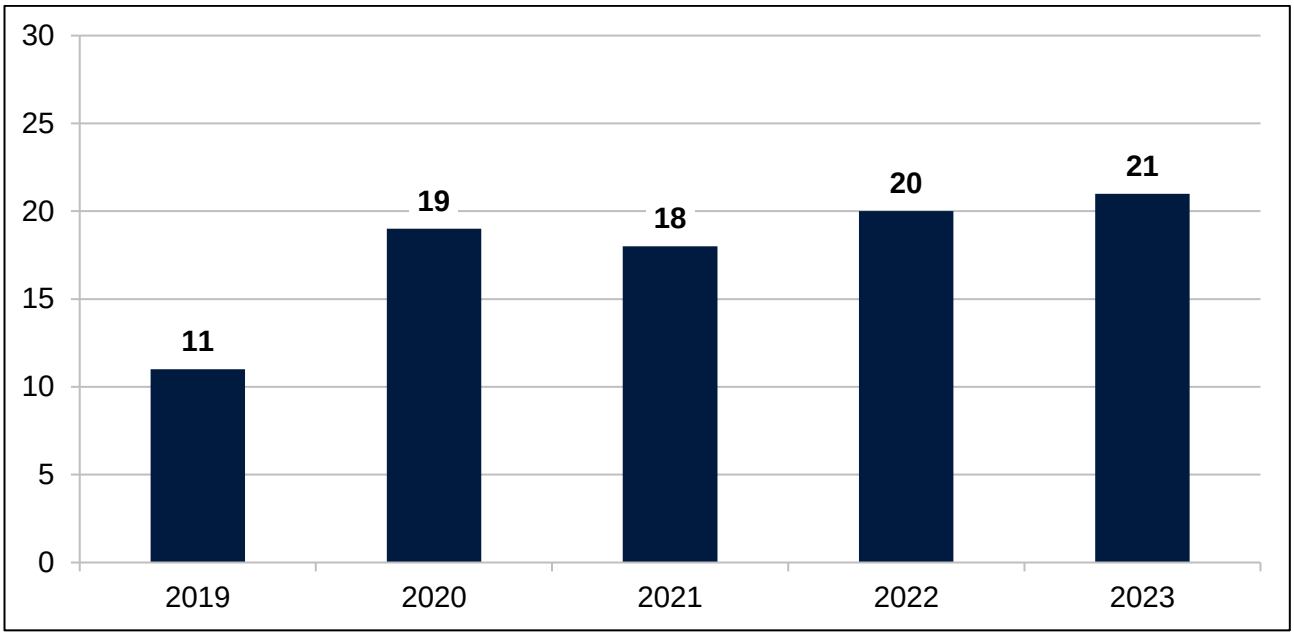
Tabelle 4: Fallaufkommen mit antisemitischer Motivation
Land Bremen

	2022	2023	Veränderung[8]	
PMK -rechts-	25	25	0	-
» Gewaltdelikte	1	0	-1	↘
PMK -links-	0	2	+2	↗
» Gewaltdelikte	0	0	0	-
PMK -ausländische Ideologie-	0	28	+28	↗
» Gewaltdelikte	0	0	0	-
PMK -religiöse Ideologie-	1	11	+10	↗
» Gewaltdelikte	0	1	+1	↗
PMK -sonstige Zuordnung-	0	5	+5	↗
» Gewaltdelikte	0	0	0	-
PMK -gesamt-	**26**	**71**	**+45**	↗
» Gewaltdelikte	**1**	**1**	**0**	-

[8] Die Richtungspfeile zeigen lediglich die Tendenz und nicht die Stärke der Veränderung auf.

Fallzahlen zu Straftaten gegen die queere Community[9]

Abbildung 4: PMK -Gesamtaufkommen- Fallzahlen der PMK gegen die queere Community: Entwicklung
Land Bremen



Im Jahr **2023** wurden **21** queer-feindliche Fälle registriert, ein Fall mehr als im Vorjahr. Diese verteilen sich wie folgt:

Tabelle 5: Fallaufkommen zu Straftaten gegen die queere Community
Land Bremen

	2022	2023	Veränderung[10]	
PMK -rechts-	5	1	-4	↘
» Gewaltdelikte	1	0	-1	↘
PMK -links-	0	0	0	-
» Gewaltdelikte	0	0	0	-
PMK -ausländische Ideologie-	0	1	+1	↗
» Gewaltdelikte	0	0	0	-
PMK -religiöse Ideologie-	1	3	+2	↗
» Gewaltdelikte	1	0	-1	↘
PMK -sonstige Zuordnung-	14	16	+2	↗
» Gewaltdelikte	5	5	0	-
PMK -gesamt-	**20**	**21**	**+1**	↗
» Gewaltdelikte	**7**	**5**	**-2**	↘

[9] Erfassung nach Unterthemenfeldern „sexuelle Orientierung“ und/oder „Geschlecht/Sexuelle Identität“ (gültig bis 31.12.2021) und/oder „geschlechtsbezogene Diversität“ (gültig seit 01.01.2022) gemäß KPMD-PMK Definitionen. In der Aufzählung sind ausschließlich queer-feindliche Fälle enthalten
[10] Die Richtungspfeile zeigen lediglich die Tendenz und nicht die Stärke der Veränderung auf.

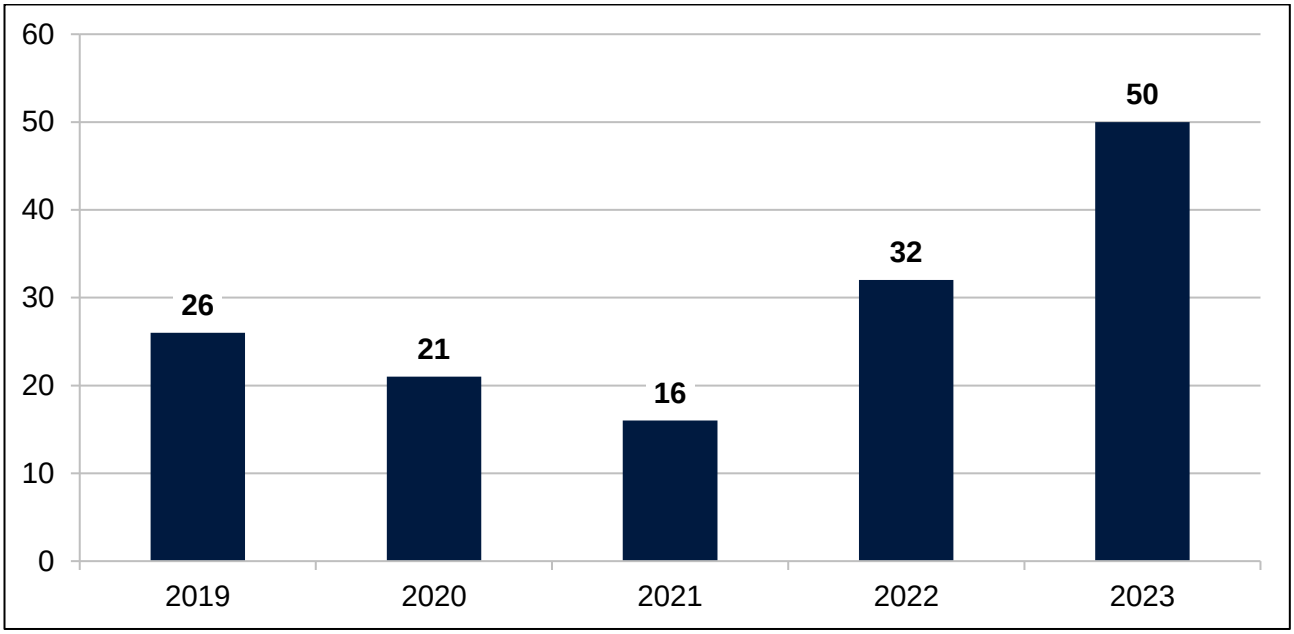
Fallzahlen zu Straftaten gegen Politiker:innen[11]

Straftaten gegen Politiker:innen bedeuten nicht immer einen direkten Angriff auf eine konkrete Person. Im KPMD-PMK werden hierunter auch solche Delikte erfasst, die auf eine bestimmte Gruppe oder den Personenkreis in Gänze abzielen, z.B. durch eine Volksverhetzung oder eine Beleidigung im Internet. Ebenso richteten sich die hier erfassten Fälle nicht ausschließlich gegen Personen mit Bezug zum Land Bremen. In 38,0% der Fälle aus dem Berichtsjahr 2023 kamen die betroffenen Personen aus dem Bundesgebiet (z.B. Angehörige der Bundesregierung oder andere prominente Bundespolitiker:innen), die Täter:innen waren jedoch zur Tatzeit im Land Bremen gemeldet. Hier kommt auch der zwischen der Justiz und den Polizeien der Länder abgestimmte Bearbeitungsprozess der zentralen Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) beim Bundeskriminalamt zum Tragen, der eine konsequente Bekämpfung von Extremismus und Hasskriminalität im Internet verfolgt. Die Zusammenarbeit der Meldestrukturen hat zum Ziel einer zunehmenden Verrohung der Kommunikation in sozialen Netzwerken entgegenzuwirken und eine effektive Strafverfolgung der dort begangenen Straftaten wie Propagandadelikten, Volksverhetzungen oder Bedrohungen zu ermöglichen.

Unter Berücksichtigung der zuvor beschriebenen Erfassungskriterien wurden im Jahr **2023** im Land Bremen **50** Straftaten gegen Politiker:innen registriert, 18 Fälle mehr als im Vorjahr (+56,3%).

Zudem wurden **11** Fälle der Politisch motivierten Kriminalität registriert, die sich gegen Parteigebäude oder Parteieinrichtungen richteten. Im Vorjahr waren es 9 Fälle (+22,2%).

Abbildung 5: Fallzahlen der PMK gegen Politiker:innen: Entwicklung
Land Bremen



[11] Erfassung nach Angriffszielen „Parteirepräsentant/Parteimitglied“ und/oder „Mandatsträger“ und/oder „Amtsträger“ gemäß KPMD-PMK Definitionen.

Abbildung 6: Fallzahlen der PMK gegen Politiker:innen: Verteilung nach Phänomen-bereichen
Land Bremen

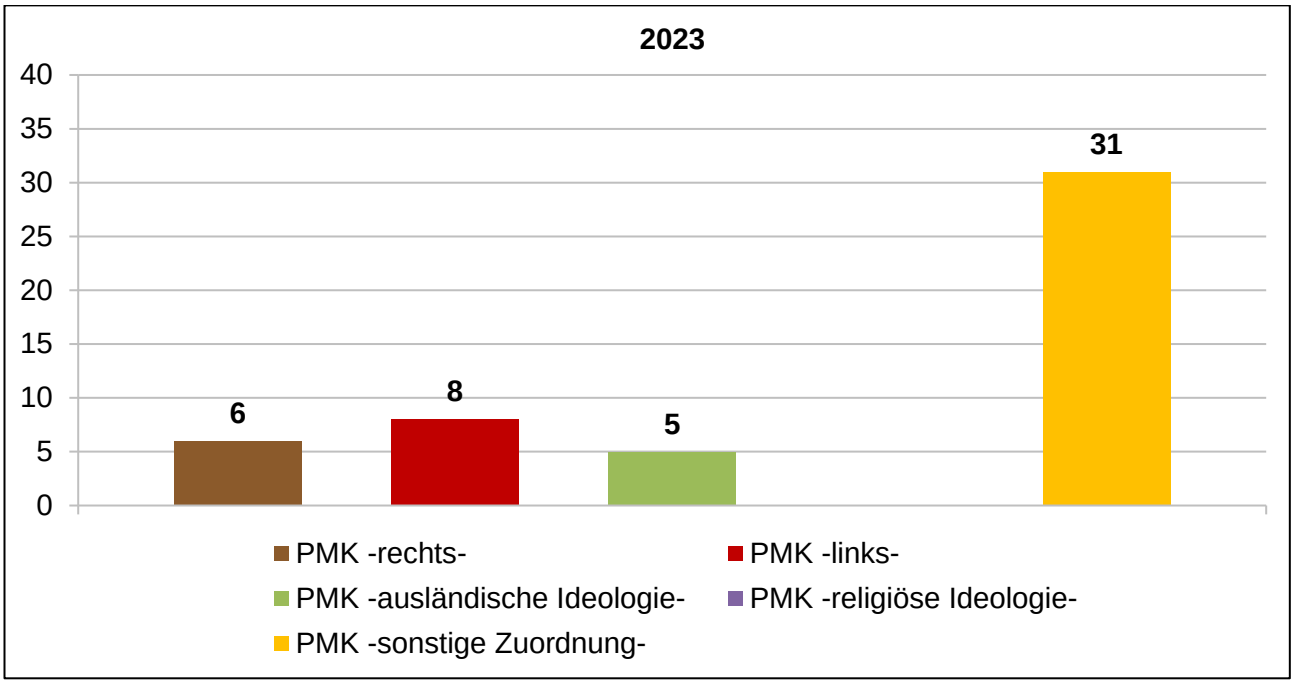


Tabelle 6 : Fallzahlen der PMK gegen Politiker:innen[12]: Betroffene Parteien
Land Bremen

	2022	2023
Anzahl Fälle	32	50
» AfD	0	3
» Bündnis 90/Die Grünen	5	12
» Bündnis Deutschland[13]	0	3
» CDU	0	5
» CSU	1	2
» Die Linke	11	1
» FDP	2	9
» SPD	7	16
» Sonstige Parteien	0	3

[12] Im Jahr 2022 wurde nicht in allen Fällen dokumentiert, welche Parteien bei Straftaten gegen Politiker:innen betroffen waren. Zudem kann ein Fall mehrere Parteien gleichzeitig betreffen (Mehrfachvergabe). Daher kommt es zu Abweichungen zwischen der Anzahl der betroffenen Parteien und der Anzahl an Fällen.
[13] Ehemals Bürger in Wut (BIW).

Fallzahlen mit Bezug zur Thematik Israel und/oder Palästina

Im Jahr **2023** wurden **86** Fälle im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt registriert, davon 84 Fälle seit dem 07.10.2023 (Terrorangriff der Hamas auf Israel).

Unter den genannten 84 Fällen standen **20 im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen.**

Fallzahlen mit Bezug zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine

Im Jahr **2023** wurden **27** Fälle im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine registriert, 46 Fälle weniger als im Vorjahr (-63,0%).

Fallzahlen mit Bezug zur Covid-19-Pandemie

Im Jahr **2023** wurden nur noch **4** Fälle im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie registriert, 85 Fälle weniger als im Vorjahr (-95,5%%).

3. Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

„Politisch motivierter Kriminalität -rechts- werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „rechten“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss. Der wesentliche Kerngedanke einer „rechten“ Ideologie ist die Annahme einer Ungleichheit/Ungleichwertigkeit der Menschen.

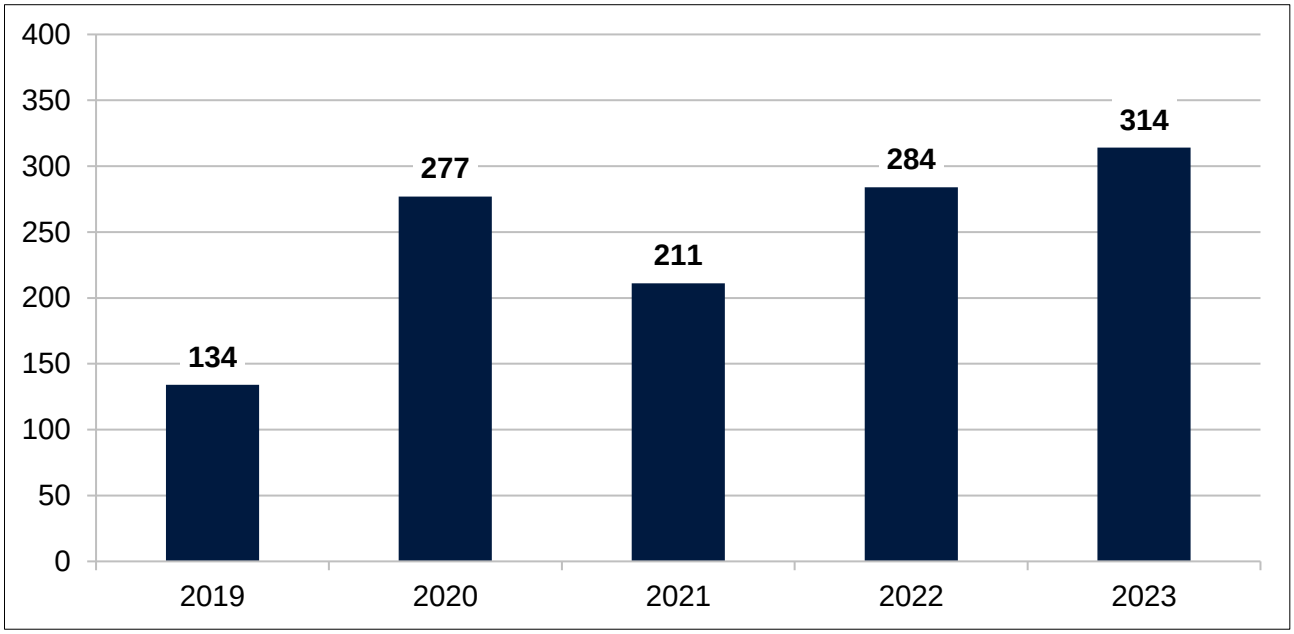
Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren. Diese politisch motivierten Straftaten sind in der Regel als rechtsextremistisch zu qualifizieren.“[14]

Im Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität -rechts- **stiegen** die Fallzahlen im Jahr **2023** von 284 auf **314** Fälle. Damit ist ein **Anstieg um 30 Fälle** (+10,6%) zu verzeichnen.

Bei insgesamt **8** Fällen handelte es sich um **Gewaltdelikte** (davon **8 extremistisch motivierte Gewaltdelikte).** Im Vorjahr waren es 16 Gewaltdelikte (davon 13 extremistisch motivierte Gewaltdelikte).

Im Berichtsjahr **2023** wurde **ein Terrorismusdelikt** registriert. Es handelte sich dabei um die eingangs genannte Straftat nach § 89a StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat). Im Vorjahr gab es hingegen kein Terrorismusdelikt.

Abbildung 7: PMK -rechts- Entwicklung
Land Bremen



[14] Quelle: Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität, Bundeskriminalamt 2024.

Tabelle 7: PMK -rechts- Entwicklung nach Städten
Bremen und Bremerhaven

	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	134	277	211	284	314
» Bremen	124	260	188	259	258
» Bremerhaven	10	17	23	25	56

Das **Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen** nach § 86a StGB machte im Berichtsjahr **über die Hälfte** (**2023: 53,5%**, 2022: 44,4%) aller Straftaten im Phänomenbereich PMK -rechts- aus, gefolgt von Delikten der **Volksverhetzung** (**2023: 17,5%**, 2022: 19,7%) nach § 130 StGB und **Beleidigungsdelikten** (**2023: 16,9%**, 2022: 20,1%) nach § 185 sowie § 192a StGB.

Thematisch sind ca. **die Hälfte** (**2023: 49,7%**, 2022: 52,5%) aller Straftaten im Bereich der **Hasskriminalität** zu verorten und mit **fremdenfeindlicher Motivation** begangen worden.

Im Jahr **2023** gab es **2** Fälle (2022: 9 Fälle) aus dem Oberthemenfeld Konfrontation/Politische Einstellung, die im Unterthemenfeld **gegen links** erfasst wurden.

4. Politisch motivierte Kriminalität -links-

„Politisch motivierter Kriminalität -links- werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „linken" Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss. Der wesentliche Kerngedanke einer „linken" Ideologie ist grundsätzlich die Annahme einer Gleichheit/Gleichwertigkeit der Menschen.

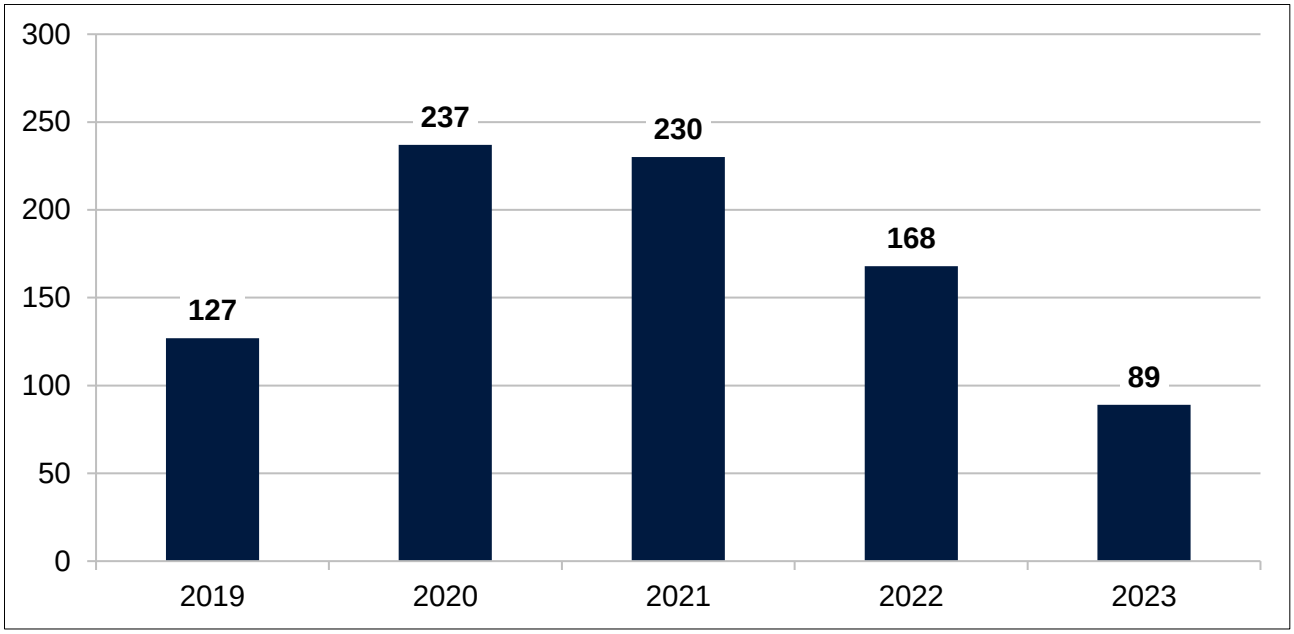
Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich revolutionärem Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren. Diese politisch motivierten Straftaten sind in der Regel als linksextremistisch zu qualifizieren."[15]

Im Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität -links- **sanken** die Fallzahlen im Jahr **2023** deutlich von 168 auf **89** Fälle. Damit ist ein **Rückgang um 79 Fälle** (-47,0%) zu verzeichnen.

Bei insgesamt **16** Fällen handelte es sich um **Gewaltdelikte** (davon **8 extremistisch motivierte Gewaltdelikte**). Im Vorjahr waren es 21 Gewaltdelikte (davon 5 extremistisch motivierte Gewaltdelikte).

Im Berichtsjahr **2023** wurde, ebenso wie im Vorjahr, **kein Terrorismusdelikt** registriert.

Abbildung 8: PMK -links- Entwicklung
Land Bremen



[15] Quelle: Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität, Bundeskriminalamt 2024.

Tabelle 8: PMK -links- Entwicklung nach Städten
Bremen und Bremerhaven

	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	127	237	230	168	89
» Bremen	126	229	221	154	86
» Bremerhaven	1	8	9	14	3

Sachbeschädigungen nach § 303 StGB machten im Berichtsjahr **über die Hälfte** (**2023: 52,8%**, 2022: 53,6%) aller Straftaten im Phänomenbereich PMK -links- aus, gefolgt von unterschiedlichen Delikten zu etwa gleichen Anteilen.

Die **Gewaltdelikte** machten **2023** mit **18,0%** (2022: 12,5%) den **höchsten Anteil** im Vergleich zu allen anderen Phänomenbereichen aus. Darunter waren **4 Brandstiftungsdelikte** (2022: 0 Brand-delikte).

Thematisch wurden im Jahr **2023 16,9%** (2022: 10,1%) aller Fälle im Phänomenbereich PMK -links- im Unterthemenfeld **gegen rechts** erfasst. **27,0%** der Fälle (2022: 34,5%) richteten sich **2023 gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole**, darunter waren **21 polizeifeindliche Fälle** (2022: 53).

5. Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-

„Politisch motivierter Kriminalität -ausländische Ideologie- werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine aus dem Ausland stammende, nichtreligiöse Ideologie entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere, wenn sie darauf gerichtet ist, Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland zu beeinflussen. Gleiches gilt, wenn aus dem Ausland heraus Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland beeinflusst werden sollen. Die Staatsangehörigkeit des Täters ist hierbei unerheblich.“[16]

Im Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie- **stiegen** die Fallzahlen im Jahr **2023** von 72 auf **100** Fälle. Damit ist ein **Anstieg um 28 Fälle** (+38,9%) zu verzeichnen.

Bei insgesamt **8** Fällen handelte es sich um **Gewaltdelikte** (davon **3 extremistisch motivierte Gewaltdelikte**). Im Vorjahr gab es ein Gewaltdelikt. Dieses wurde der extremistischen Kriminalität zugeordnet.

Im Berichtsjahr **2023** wurde ebenso wie im Vorjahr **kein Terrorismusdelikt** registriert.

Abbildung 9: PMK -ausländische Ideologie- Entwicklung
Land Bremen

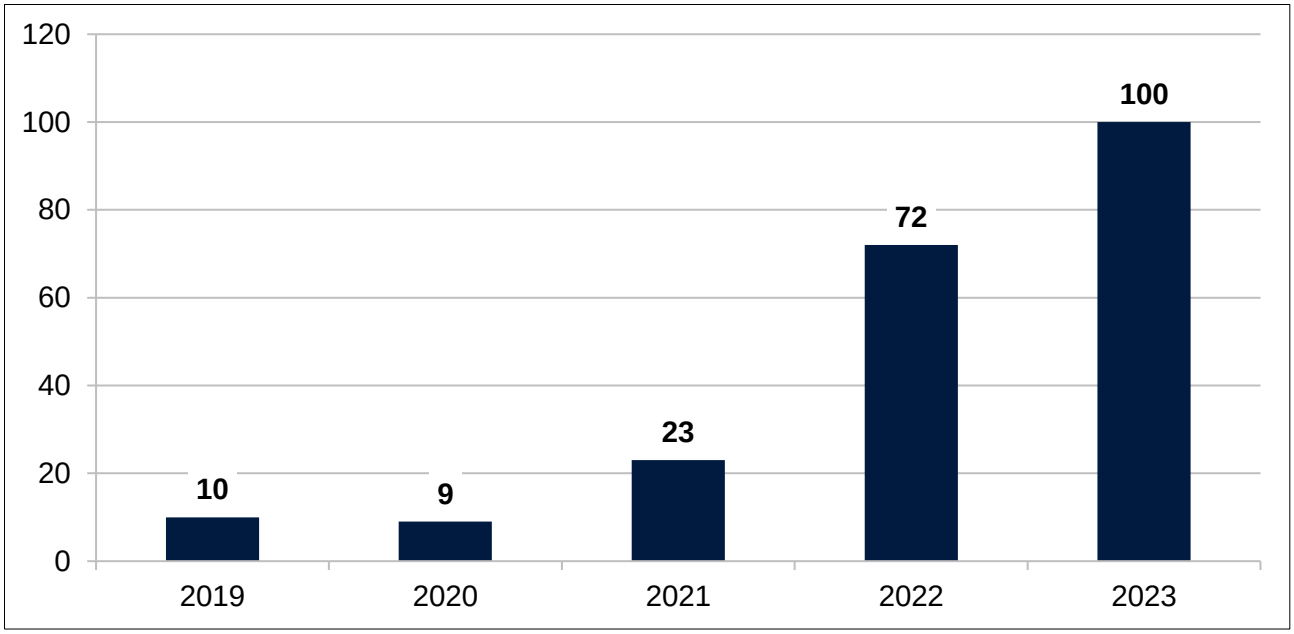


Tabelle 9: PMK -ausländische Ideologie- Entwicklung nach Städten
Bremen und Bremerhaven

	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	10	9	23	72	100
» Bremen	10	9	23	70	93
» Bremerhaven	0	0	0	2	7

[16] Quelle: Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität, Bundeskriminalamt 2024.

Delikte der **Volksverhetzung** (**2023: 31,0%**, 2022: 0,0%) nach § 130 StGB und **Sachbeschädigungen** (**2023: 25,0%**, 2022: 33,3%) nach § 303 StGB machten im Jahr **2023** in Summe **56,0%** der Straftaten im Phänomenbereich PMK -ausländische Ideologie- aus.

Thematisch war der **Nahost-Konflikt** (seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel) das vorherrschende Thema im Phänomenbereich PMK -ausländische Ideologie-. Hier wurden im Berichtsjahr **2023** allein **57** der eingangs beim PMK -Gesamtaufkommen- beschriebenen 86 Fälle erfasst. Innerhalb des Phänomenbereichs mit seinen 100 erfassten Fällen nimmt der **Nahost-Konflikt** damit einen Anteil von **57,0%** ein, gefolgt von den Themenfeldern **Ukraine** (**2023: 21,0%**, 2022: 69,4%) sowie den Themenfeldern **Kurden** und/oder **PKK** (**2023: 18,0%**, 2022: 25,0%).

6. Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-

„Politisch motivierter Kriminalität -religiöse Ideologie- werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine religiöse Ideologie entscheidend für die Tatbegehung war.“[17]

Im Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie- **stiegen** die Fallzahlen im Jahr **2023** von 11 auf **23** Fälle. Damit ist ein **Anstieg um 12 Fälle** (+109,1%) zu verzeichnen.

Bei **einem Fall** handelte es sich um ein **Gewaltdelikt.** Dieses wurde der **extremistischen Kriminalität** zugeordnet. Im Vorjahr gab es ebenfalls ein Gewaltdelikt, welches der extremistischen Kriminalität zugeordnet wurde.

Im Berichtsjahr **2023** wurde **kein Terrorismusdelikt** registriert. Im Vorjahr gab es hingegen 5 Terrorismusdelikte.

Abbildung 10: PMK -religiöse Ideologie- Entwicklung
Land Bremen

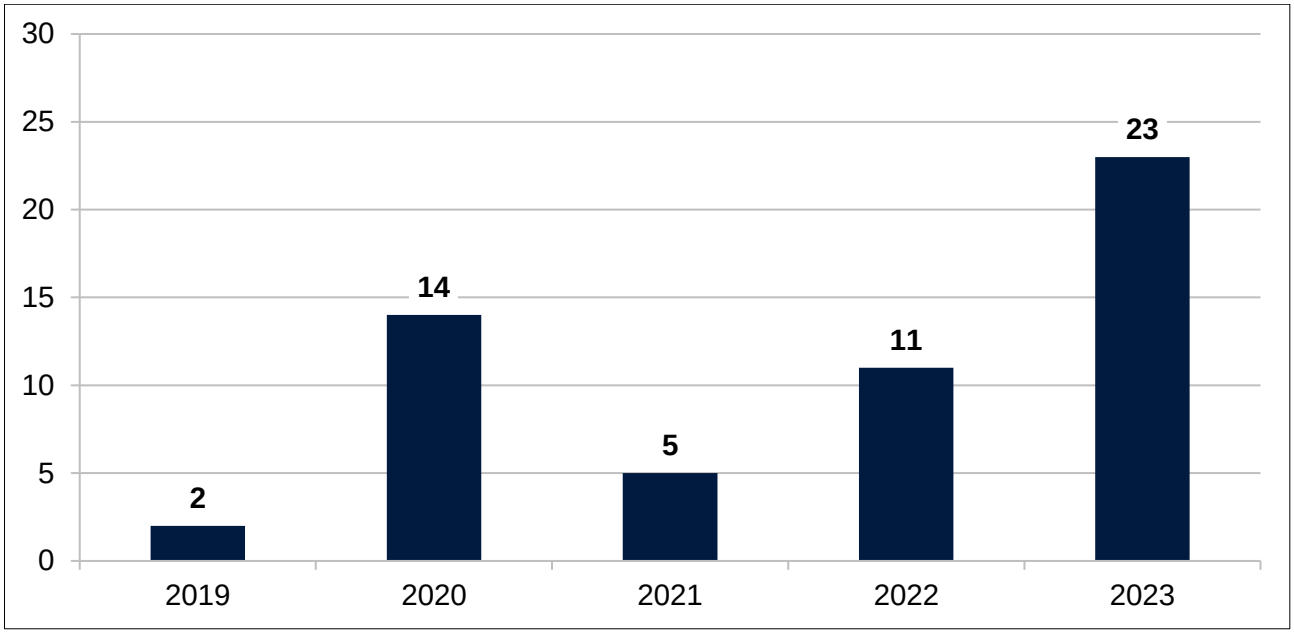


Tabelle 10: PMK -religiöse Ideologie- Entwicklung nach Städten
Bremen und Bremerhaven

	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	2	14	5	11	23
» Bremen	1	12	5	8	20
» Bremerhaven	1	2	0	3	3

[17] Quelle: Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität, Bundeskriminalamt 2024.

Delikte der **Volksverhetzung** nach § 130 StGB machten **2023 26,1%** (2022: 4,3%) der Fälle aus, gefolgt von dem **Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen** (**2023: 17,4%**, 2022: 0,0%) nach § 86a StGB. Dahinter folgen zu gleichen Teilen **Bedrohungen** nach § 241 StGB, **Verstöße gegen das Versammlungsgesetz** sowie das **Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger und terroristischer Organisationen**.

Thematisch ist der **Nahost-Konflikt** (seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel) auch im Phänomenbereich PMK -religiöse Ideologie- der **entscheidende Faktor für den Anstieg der Fallzahlen.** Hier wurden im Berichtsjahr **2023 11** der eingangs beim PMK -Gesamtaufkommen- beschriebenen 86 Fälle erfasst. Innerhalb des Phänomenbereichs PMK -religiöse Ideologie- mit seinen 23 erfassten Fällen nimmt der **Nahost-Konflikt** damit einen Anteil von **47,8%** ein. Das Oberthemenfeld **Islamismus/Fundamentalismus** (Fälle mit Nahost-Bezug ausgenommen) folgt mit einem Anteil von **30,4%** (2022: 91,0%).

7. Politisch motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-[18]

„Jeder Sachverhalt kann immer nur einem Phänomenbereich zugeordnet werden. Ist der Sachverhalt nicht unter den Phänomenbereichen PMK -links-, PMK -rechts-, PMK -ausländische Ideologie- oder PMK -religiöse Ideologie- subsumierbar, ist der Phänomenbereich PMK -sonstige Zuordnung- zu wählen. Hierunter sind zu fassen:

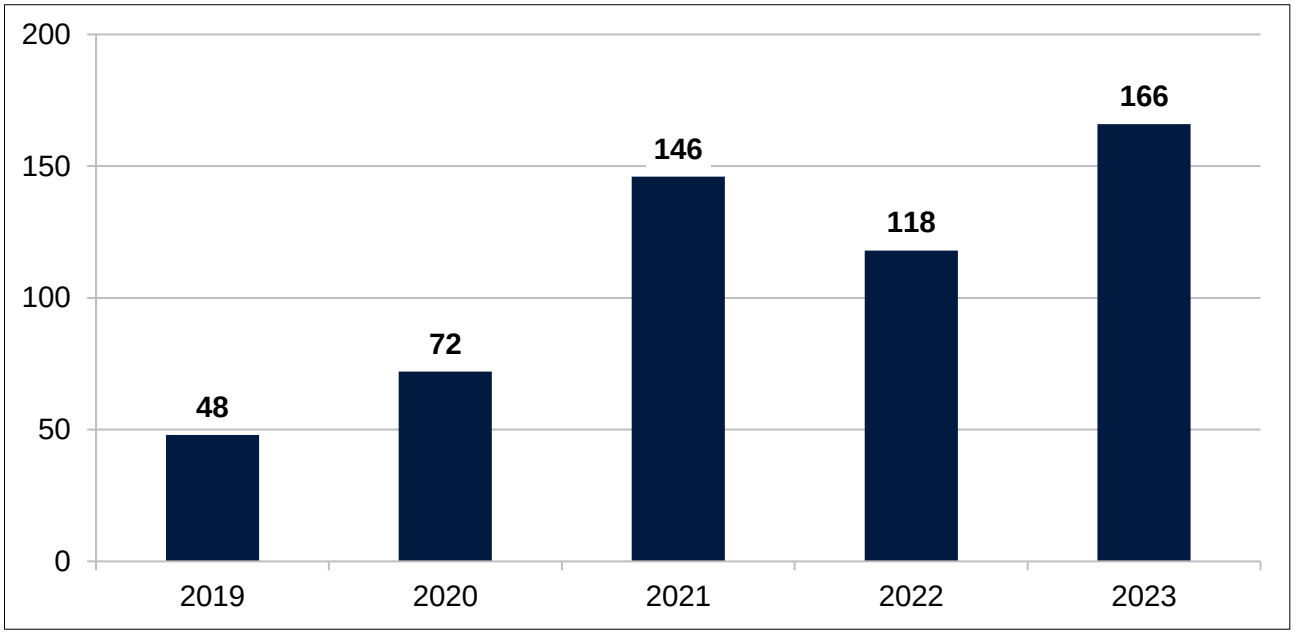
- Echte Staatsschutzdelikte[19], die ohne explizite politische Motivation begangen werden
- Fälle, bei denen unter Berücksichtigung des Einzelfalls kein anderer Phänomenbereich einschlägig ist
- Fälle, bei denen die Erkenntnislage den Rückschluss auf einen der vorgenannten Phänomenbereiche nicht zulässt.“[20]

Im Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung- **stiegen** die Fallzahlen im Jahr **2023** von 118 auf **166**. Damit ist ein **Anstieg um 48 Fälle** (+40,7%) zu verzeichnen.

Bei insgesamt **6** Fällen handelte es sich um **Gewaltdelikte** (davon **6 extremistisch motivierte Gewaltdelikte**). Im Vorjahr waren es 13 Gewaltdelikte (davon 9 extremistisch motivierte Gewaltdelikte).

Im Berichtsjahr **2023** wurde **kein Terrorismusdelikt** registriert. Im Vorjahr gab es ebenfalls kein Terrorismusdelikt.

Abbildung 11: PMK -sonstige Zuordnung- Entwicklung
Land Bremen



[18] Seit dem 01.01.2023 lautet dieser Phänomenbereich PMK -sonstige Zuordnung-, zuvor trug er die Bezeichnung PMK -nicht zuzuordnen-.
[19] Die sogenannten echten Staatsschutzdelikte setzen sich aus den im Besonderen Teil des StGB in den Abschnitten Eins bis Fünf zusammengefassten sowie durch die Straftatbestände der §§ 129a, 129b, 130, 192a, 234a und 241a StGB und im VStGB normierten Straftaten zusammen. Ergänzt wird dies durch Ableitung der gerichtsverfassungsrechtlichen Zuweisung nach §§ 74a
und 120 GVG. Es handelt sich um Strafnormen, die den Bestand und die Integrität des Staates sowie die Funktionsfähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens sichern. Auf die Frage einer im Einzelfall vorliegenden politischen Motivation kommt es dabei nicht an.
[20] Quelle: Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität, Bundeskriminalamt 2024.

Tabelle 11: PMK -sonstige Zuordnung- Entwicklung nach Städten
Bremen und Bremerhaven

	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	48	72	146	118	166
» Bremen	48	69	128	91	112
» Bremerhaven	0	3	18	27	54

Sachbeschädigungen (**2023: 34,3%**, 2022: 17,8%) nach § 303 StGB und **Beleidigungsdelikte** (**2023: 16,3%**, 2022: 14,4%) nach § 185 StGB sowie **Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung Gegen Personen des politischen Lebens** (**2023: 7,2%**, 2022: 3,4%) nach § 188 StGB machten im Jahr **2023** in Summe **57,8%** der Straftaten im Phänomenbereich PMK -sonstige Zuordnung- aus.

Ein zentraler Faktor für den deutlichen Anstieg im Phänomenbereich PMK -sonstige Zuordnung- waren die **Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft**. Diese machten mit **33,7%** im Berichtsjahr **2023** etwa **ein Drittel** aller Fälle aus. Dabei handelte sich größtenteils um Sachbeschädigungen/Graffiti/Farbschmierereien an Wahlplakaten der politischen Parteien. Zudem wurden im Berichtsjahr **31** der eingangs beim PMK -Gesamtaufkommen- beschriebenen 50 **Straftaten gegen Politiker:innen und/oder Mandatsträger:innen bzw. Amtsträger:innen** im Phänomenbereich PMK -sonstige Zuordnung- erfasst. Innerhalb des Phänomenbereichs mit seinen 166 erfassten Fällen nehmen diese Fälle somit einen Anteil von **18,7%** (2022: 15,3%) ein.

Polizeifeindliche Delikte machten **14,5%** (2022: 9,3%) der Fälle aus und Delikte, die sich **gegen die queere Community** richteten, machten **9,6%** (2022: 11,9%) der Fälle aus.

8. Fazit

Deskriptiv betrachtet ist für das Jahr 2023 abermals ein neuer Höchststand der Fallzahlen zur Politisch motivierten Kriminalität zu verzeichnen. Diese Entwicklungen weisen auf mögliche Radikalisierungstendenzen und vermehrte gesellschaftliche Spannungen in Teilen der Bevölkerung hin. Die vorgetragenen Kernbefunde reflektieren eine Momentaufnahme im Spiegel der aktuellen (politischen) Ereignisse wie dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Zugleich bestätigen die zunehmenden Fallzahlen, stellvertretend die in Bremen verzeichneten Straftaten gegen Politiker:innen und Mandatsträger:innen, die aktuellen Entwicklungen im Bundesgebiet, welche ein Indiz für eine zunehmend verrohte Debatte und diffuse Feindbilder sein können.

Die vorgestellten Befunde sind nicht nur Grundlage für das Lagebild der Politisch motivierten Kriminalität im Land Bremen, sondern auch ein empirisch basierter Seismograph für dynamische Entwicklungen im phänomen- und themenbezogenen Straftatengeschehen.